Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungseingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4606.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden 5. 7gespalt. 30mm br. Petitzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 223. Halle, Mittwoch, den 14. Mai. 1919.

Ganz Deutschland protestiert weiter.

Protestkundgebung der Preußischen Landesversammlung.

Denkschriften mit Wilson-Reden. — Uebereinstimmung über die Unannehmbarkeit des Friedensvertrages. Die Unterzeichnung wäre eine unmoralische Handlung.

Berlin, 13. Mai. Der großen Kundgebung der deutschen Nationalversammlung von gestern folgte heute die preußische Landesversammlung mit einem nicht minder eindringlichen Protest gegen den geplanten Vergewaltigungsfrieden. Er fußt sich auf die in der Sitzung vom 8. Mai von dem Ministerpräsidenten Paul Hirsch abgegebene Erklärung, daß die Friedensbedingungen in ihrer jetzigen Form und ihrem Inhalt nach für das deutsche Volk weder erfüllbar noch annehmbar seien.

Der Sitzungssaal ist nicht besonders gut besucht, aber die Tribünen sind dicht besetzt. Neben dem Ministerpräsidenten haben sämtliche preußischen Minister Platz genommen, aber schon während der Ausführungen der ersten Redner verläßt auch ein Teil von ihnen den Saal.

Das Bureau des Abgeordnetenhauses hat in dankenswerter Weise in zwei Druckschriften zwei bedeutungsvolle Ansprachen des Präsidenten Wilson an sämtliche Besucher des Hauses verteilen lassen. Die eine Ansprache ist diejenige, die Wilsons Programm für den Frieden einschließt mit seinen 14 Punkten, die zweite Druckschrift enthält die Ansprache Wilsons im Kongreß vom 11. November 1918 über die Waffenstillstandsbedingungen. Der Inhalt beider Reden steht in krassem Widerspruch mit allen Punkten des Deutschland vorgelegten Friedensvertrages.

*

21. Sitzung, nachmittags 1 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt. Zur Besprechung steht die Erklärung des Ministerpräsidenten vom 8. Mai, betreffend die Friedensbedingungen.

Abg. Graef-Frankfurt (Soz.): Dieser

Friedensvertrag würde uns erwürgen.

(Sehr richtig!) Der Entwurf steht im Zeichen unerhörten Länderraubes. Wir sollen wirtschaftlich an England, militärisch an Frankreich ausgeliefert werden. Rohstoffe und Arbeitsmöglichkeit will man uns nehmen. Wer damit meint, daß wir einen solchen Frieden unterzeichnen können, ist

ein politischer und ökonomischer Idiot.

(Lebh. Zustimmung.) Die Durchführung eines solchen Friedens hätte den Bolschewismus notwendig im Gefolge. Dieser Vertrag ist für Deutschland unannehmbar. (Lebh. Beifall.)

Abg. Hergt (Dn.): Der Friedensentwurf ist unannehmbar, nicht nur in einzelnen Punkten, sondern im Fundament. (Sehr richtig!) Bei den Gefahren, die uns im Falle einer Ablehnung dieses Friedens drohen, handelt es sich doch

nur um eine vorübergehende Zeit,

während die Annahme dauernde Vernichtung und zugleich den Verlust unserer Ehre bedeutet. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Herold (Ztr.): Für Preußen bedeutet der Friedensentwurf geradezu die Hinrichtung. Soll der Weltfrieden zur Wahrheit werden, dann muß er eine andere Grundlage bekommen, als diesen Vertrag. Wir protestieren gegen diese unerträglichen Bedingungen. Wir protestieren auch gegen die Forderung, den früheren deutschen Kaiser vor ein internationales Gericht zu ziehen.

Wir müssen einig sein

in der Forderung: Rettung des Vaterlandes! (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. von Krause (D. Vpt.): Die Unterzeichnung dieses unerfüllbaren Vertrages ist eine Farce und eine unmoralische Handlung. Es müßte sich jeder schämen, der die Forderung nach

Aburteilung des früheren deutschen Kaisers

durch einen internationalen Gerichtshof billigen würde. Der Friedensvertrag ist ungerecht, unmenschlich und unsittlich und unannehmbar. (Beifall.)

Abg. Adolf Hoffmann (U.S.): Es ist

ein Halsabschneidervertrag,

und wir verurteilen ihn in gleicher Weise, wie die Vorredner, aber wir hoffen, daß das Proletariat aller Länder sich auf seine Pflicht besinnen und ihn wieder hinwegfegen wird. Die Regierung Ebert-Scheidemann verkörpert nicht den Volkswillen, daher die unerhörten Friedensbedingungen. Es lebe die Weltrevolution! (Pfui-Rufe bei der Mehrheit.)

Abg. Dannenberg (Hannoveraner): spricht gegen die Annexionen im Friedensvertrag.

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Wir sind uns der voraussichtlichen Folgen der Verweigerung der Unterschrift wohl bewußt. Es wird die Blockade dann vielleicht noch mehr verschärft und uns noch Schreckeres auferlegt werden. Aber

das internationale Gewissen wird doch einmal erwachen.

Mögen wir in einigen Monaten Hungers sterben. Jedenfalls lieber den Tod als die Sklaverei. (Lebh. Beifall.)

Abg. Frau Ege (Soz.) spricht im Namen der deutschen Mütter und Frauen gegen den Gewaltfrieden.

Abg. Frau Heseberger (Ztr.): Am meisten empört hat mich die Forderung, der 140 000 Milchkühe. Ihre Ablieferung würde den Tod von mehreren 100 000 Kindern bedeuten. Wir Frauen sehen unsere Pflicht darin,

ein starkes Volk heranzuziehen,

das Liebe zur deutschen Heimat hat.

Abg. Frau Arenssee (U. S.): Besser ist, ein Geschlecht heranzuziehen, dien stark in der allgemeinen Menschenliebe, daß Kriege für die Zukunft unmöglich werden.

Abg. Frau Dönhoff (Dem.): Wir wollen die Erhaltung des deutschen Wesens, die der Friedensentwurf für uns unmöglich macht.

Abg. Frau Pohlmann (D. Vpt.) wendet sich gegen die Vergewaltigung ihrer engeren Heimat Ostpreußen.

Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung Donnerstag, 22. Mai, 12 Uhr: Wahlprüfungsberichte. Anträge.

Schluß 6¾ Uhr.

Ebert über die Verhandlungen.

WTB. **Berlin, 13. Mai.** Reichspräsident Ebert machte gegenüber einem Mitarbeiter der „Vorwärts"-Redaktion unter anderm folgende Mitteilungen:

Die Welt braucht Frieden; nicht nur wir, auch unsere Gegner brauchen ihn. Es kann nur dem allgemeinen Interesse aller Völker dienen, wenn der Entwurf einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird, bei der grundsätzliche tiefgreifende Korrekturen nicht ausgeschlossen sein dürfen. Man wird dagegen einwenden, daß durch Verhandlungen Zeit verloren wird; aber wir sind nicht schuld daran, daß die Gegner sechs Monate zur Herstellung eines Entwurfes brauchten, über den wir uns binnen 14 Tagen äußern sollen. Ich bin auch fest davon überzeugt, daß Verhandlungen rasch zum Ziele führen können, wenn auf die Grundlagen der 14 Punkte Wilsons zurückgegangen wird.

Massenkundgebungen in Schlesien.

Breslau, 13. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Wie gemeldet wird, treffen aus allen Teilen der Provinz neue machtvolle Kundgebungen über den ungeheure Vergewaltigung des deutschen Volkes ein. In Breslau fanden sich die Vertreter der Bürgerschaft, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Darin wurde mitgeteilt, daß in Berlin ein Plan zur Erhebung des deutschen Volkes ausgearbeitet werde. Diese Bekanntgabe wurde mit Begeisterung aufgenommen. In der übereinstimmend aufgenommenen Entschließung heißt es u. a., daß abgesehen von dem schändlichen Raub der oberschlesischen Bodenschätze durch die Lostrennung des wertvollen Mittel- und Oberschlesiens das Land willkürlich zerrissen würde. Die Breslauer Handelskammer richtete an die Reichsregierung das Ersuchen, auf keinen Fall, komme was komme, ihre Zustimmung zu diesen Bedingungen zu geben.

Ein Jahrhundert der Rache.

WTB. **Rotterdam, 13. Mai.** Der Berichterstatter der „New York World", Carroll Brown, schreibt nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant", daß die unveränderte Annahme des Friedensvertrages in Zukunft Rache und Vergeltung bedeuten würde. Die demokratischen Führer in den Vereinigten Staaten meinen, daß dieser Vertrag ein Jahrhundert der Rache sollen würde. Das Recht der Selbstbestimmung, das den kleinen Völkern gewährt werde, werde den Besiegten vorenthalten.

Mit den Waffen in der Hand . . . .

WTB. **Königsberg, 13. Mai.** Die einmütige flammende Entrüstung „Lieber sterben als Sklave zu werden", und die eiserne Entschlossenheit, mit den Waffen in der Hand jedem Eindringling entgegenzutreten, das ist der Grundsatz einer Flut von Telegrammen und schriftlichen Protesten, die dem ostpreußischen Heimatdienst aus allen Teilen der Provinz, besonders aus den Grenzkreisen, zugehen. Die restlose Geschlossenheit aller ohne Unterschied des Glaubens, der Partei und des Standes tritt besonders in Erscheinung.

Fortdauer der Polen-Transporte.

WTB. **Berlin, 13. Mai.** Wie W. T. B. von zuständiger Stelle erfährt, ist die Nachricht, die Transporte der Hallerschen Armee durch Deutschland seien eingestellt, unrichtig. Auch ein Unmleiten der Transporte findet nicht statt. Vielmehr dauern die Transporte unverändert an.

Pariser Hoffnungen und Drohungen

WTB. **Berlsailles, 13. Mai.** (Drahtnachricht.) Die Pariser Blätter glauben heute, daß angesichts der Geschlossenheit der Alliierten die Deutschen den Frieden unterzeichnen werden. „Petit Journal" meint, so hart die Bedingungen auch scheinen, sie werden sie annehmen, denn das Los, welches sie so erwartet, ist demjenigen vorzuziehen, welches sie im Falle einer Weigerung der Unterzeichnung erwarten würde. „Figaro" rät den Alliierten, zur Drohung zu schreiten, um Deutschland zur Annahme zu zwingen. „Homme Libre" meint, Deutschland könne jetzt, nachdem es gesehen habe, daß Wilson der Inspirator der Antwort auf die erste Brockdorff-Note gewesen sei, nicht mehr den Wahn hegen, Wilson zu täuschen oder gar die Arbeiterschaft aufzubringen. „Echo" will wissen, daß die Alliierten entschlossen seien, den Deutschen vom 22. d. M. ab nur noch acht Tage Frist einzuräumen, um ihre Gesamtbemerkungen vorzubringen, welche diesmal endgültig sein müssen.

Branting über die Friedensbedingungen.

WTB. **Stockholm, 13. Mai.** „Allehanda" veröffentlicht ein Interview mit dem soeben aus Paris und Amsterdam zurückgekehrten Branting. Dieser äußerte: Ich hoffe, es werden noch mehrere Modifikationen zu erwarten sein, und diese werden so aussehen, daß Deutschland zustimmen kann. Sicher ist, daß sowohl in Frankreich wie in England die Arbeiterparteien sich gegen den Friedensvertrag in seiner heutigen Form, falls er dem Parlament vorgelegt wird, erklären werden. Henderson mit dem ich die Angelegenheit besprach, war sich ganz klar darüber, daß seine Parteigenossen dagegen Stellung nehmen würden, da man so weit von jenen Zielen entfernt sei, die man für den sicheren Friedensschluß erwartet hatte. „Allehanda" wirft die Frage auf, ob Wilson wirklich die Verantwortung für den Friedensvertrag übernehmen wolle. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß der amerikanische Präsident nur versuchsweise zugestimmt habe.

„Aftonbladet" schreibt: Es fehlt nicht an Zeichen dafür, daß die Staatsmänner der Entente nichts so sehr fürchten, als daß Deutschland sich weigert, ihr Gewaltfriedensdokument zu unterzeichnen. Vielleicht mit einer Ausnahme; denn für Wilson wäre eine solche Weigerung in Wahrheit ein Sieg für seine Grundsätze, falls diese ernst gemeint sind.

Clemenceaus Vollmachten.

Basel, 13. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die Pariser Blätter von gestern Abend berichten: Die deutschen Gegenvorschläge werden bis Freitag beantwortet. Clémenceau erhält die Vollmacht, unmittelbare Besprechungen mit den deutschen Delegierten zu führen, sofern dies nötig sein sollte. Der „Temps" meldet, Frankreichs Aufgabe sei es zu verhindern, daß aus den sachlichen Gegenvorschlägen der Deutschen Agitationsstoff für eine Uneinigkeit unter den Alliierten entstehe.

Norwegens Presse gegen die Friedensbedingungen.

WTB. **Christiania, 13 Mai.** Immer einheitlicher in der Ablehnung wird die Stellungnahme der norwegischen Presse gegenüber den Friedensbedingungen. „Verdens Gang" schreibt in einem Leitartikel, der Pariser Friedensentwurf

übertreffe an Unversöhnlichkeit

und Machtmißbrauch die schlimmsten Befürchtungen. Punkt für Punkt lasse sich nachweisen, daß der Entwurf von den Wilsonschen Punkten wesentlich abweiche. Neben den territorialen Forderungen seien insbesondere die ökonomischen Bedingungen derart unerhört und wucherisch, daß jeder, der noch Sinn für Zahlen und Werte habe, sie als

völlig unerfüllbar bezeichnen

müsse. In den neutralen Ländern werde der Entwurf einstimmig verurteilt, denn er müsse die Hoffnung auf Errettung der Welt aus dem gegenwärtigen Zusammenbruch zunichte machen. Die einzige Hoffnung sei, daß die deutsche Demokratie diesen neuen Anschlag ihrer westlichen demokratischen Brüder überleben werde. Dies sei aber nur möglich, wenn die Opposition gegen den Friedensvertrag in den alliierten Ländern keinen Tisch mache, sobald der Vertrag unterschrieben sei, damit andere Männer ihn durchführen könnten als die, die ihn erdacht. Die Männer, die den Krieg gewonnen, hätten jedenfalls den Frieden nicht gewollt. Deshalb müßten sie fort.

Auch „Intelligenssedler" betont in einem Leitartikel, die neutrale Presse bezeichne einstimmig die Friedensbedingungen als unerwartet hart. Wilsons Punkte seien verletzt. Bei aller Berechtigung der belgischen und französischen Ansprüche auf Wiedergutmachung

gebe es eine Grenze

für die Belastung des besiegten Deutschlands. Auch bei der Fest-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190514011/fragment/page=0001

setzung der deutschen Ostgrenzen sei das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt, ebenso wie die Wegnahme sämtlicher deutscher Kolonien im Widerstreit mit Wilsons Punkten stehe. Die Verantwortung für diesen Ententefrieden werde eine ebenso große werden, wie die Verantwortung derjenigen, die den Krieg verursacht haben. Die Zeitung „Nationalen"

spottet über Wilsons Rede

vom 9. Mai zum Preise des Sieges von Recht und Gerechtigkeit und meint, Wilsons Aeußerungen müßten, milde gesagt, recht sonderbar anmuten unmittelbar nach der Veröffentlichung der harten Friedensbedingungen, in denen man nichts von versöhnlichem Geiste merke, und bei denen es mit der Gerechtigkeit übel bestellt sei.

Im „Aftenposten" bezeichnet der bekannte norwegische Museumsdirektor Grosch die Bestimmung des Friedensvertrages über die Auslieferung von in deutschem Besitz befindlichen Kunstwerken belgischer Herkunft „schlecht und recht als

Raub und rücksichtslosen Mißbrauch,

gegen den die gesamte zivilisierte Welt einstimmig protestieren müsse". Grosch weist nach, daß es sich nicht, wie der Wortlaut der Bestimmung bei vielen glauben machen müsse, um während des Krieges von den Deutschen geraubte Kunstwerke handle, sondern vor vielen Jahrzehnten vom preußischen Staate bezw. dem König Ludwig I. von Bayern rechtmäßig erworbenes Eigentum. Der Verfasser schließt mit schweren Angriffen gegen die Italiener wegen eines ähnlichen in Wien bereits durchgeführten Bilderraubes.

Die Forderung der Milchkühe der Entente.

WTB. **Berlin**, 13. Mai. (Drahtnachricht.) **Die von der Entente geforderte Ablieferung von 140 000 Milchkühen würde nach amtlichen Berechnungen die Milchversorgung der Kinder, Mütter und Kranken in den Städten und insbesondere in den Großstädten, deren Bedarf schon jetzt nur zu 66 Prozent gedeckt werden kann, weiter um annähernd 9 Proz. vermindern. Da infolge der Viehablieferung für die notwendigste Fleischversorgung in den Milchviehbestand eingegriffen werden müßte und der Nachwuchs durch Ablieferung von 40 000 Stück Jungvieh erheblich vermindert wird, würde die Milchnot sich im Laufe der Zeit noch wesentlich verstärken.**

Berliner Massenkundgebungen.

WTB. **Berlin**, 13. Mai. (Drahtnachricht.) **Massenkundgebungen für einen Rechtsfrieden veranstaltete heute Vormittag die sozialdemokratische Mehrheitspartei auf dem Alexanderplatz. Schon vor der festgesetzten Stunde hatten sich gewaltige Menschenmassen eingefunden. Um all den Tausenden die Möglichkeit zu geben, auch die Redner zu verstehen, wurde gleichzeitig von vier Stellen gesprochen. Führende Männer der Sozialdemokratie und deutsche Landsleute aus dem besetzten Gebiet hielten die Ansprachen. Man protestierte gegen das ungeheuerliche Unrecht der Friedensbedingungen der Entente. Glaube keiner in verblendenter Eigensucht, daß die Folgen des Krieges gerade ihn nicht treffen. Hunger und Not klopfen an die Tür jedes Einzelnen. Darum schließt euch zusammen. Die Redner wurden vielfach durch Bravorufe und Händeklatschen unterbrochen.**

Die Wiener Presse zur Kundgebung der Nationalversammlung.

Wien, 13. Mai. Die einmütige Kundgebung der deutschen Nationalversammlung gegen den Gewaltfrieden findet in der gesamten Presse lebhaften Widerhall. Alle Blätter wiederholen und betonen die Worte des Ministerpräsidenten Scheidemann und der anderen Redner: Dieser Vertrag ist unannehmbar!

Das „Neue Wiener Tagblatt" stellt fest, daß Scheidemanns Worte ohne Doppelsinn und Vieldeutigkeit seien. Er habe das menschliche Empfinden aller Völker, der neutralen und der feindlichen, gegen den Plan aufgerufen, ein großes Volk kaltblütig zu morden. Kein ehrlich Fühlender in der ganzen Welt, der noch an die innere Zusammengehörigkeit aller Völker glaube, werde sich der Wirkung dieser wuchtigen Rede des deutschen Ministerpräsidenten entziehen.

Die „Neue Freie Presse" hält es für eine sittliche Pflicht der neutralen Völker, nach dem Beispiele der Union-Staaten, die vor drei Jahren aus ihrer Neutralität herausgetreten sind, ihre Stimme gegen die Behandlung Deutschlands zu erheben und ihre guten Dienste anzubieten. Nach dem Haager Uebereinkommen dürfe keine Regierung solches Anerbieten als unfreundliche Handlung ansehen. Die Neutralen müßten das Wort für die Kultur ergreifen, die nach dem Scheitern von Verhandlungen in Versailles von den leidenschaftlich bewegten Völkern geschlagen werden könnte.

Die „Arbeiterzeitung" hebt die geplante völlige Entwaffnung Deutschlands hervor, während von der allgemeinen Entwaffnung keine Spur zu sehen sei und sagt, der für den französischen Imperialismus ideale Zustand des 17. und 18. Jahrhunderts werde wiederhergestellt, wo die Wehrlosigkeit der Mitte Europas den Pariser Machtgelüsten freies Feld gab. Deutschlands Entwaffnung erfolge also nicht aus dem sittlichen Gedanken der Abrüstung heraus, sondern um den ungerechten Gewaltfrieden sofort wirksam zu machen.

Kein Anti-Streik-Gesetz.

WTB. **Berlin**, 13. Mai. (Drahtbericht.) **In einigen Zeitungen wird ein Gesetz gegen Streik angekündigt. Die Nachricht ist unzutreffend. Ein derartiges Gesetz ist auch nicht in Vorbereitung.**

Ruhe in Leipzig.

WTB. Leipzig, 13. Mai. Auch die zweite Nacht unter dem Belagerungszustand ist ruhig verlaufen. Für Mittwoch ist eine Verlängerung der Polizeistunde in Aussicht genommen. Wegen zahlreicher, in letzter Zeit vorgekommener Plünderungen sind heute Panzerzüge in den Hauptbahnhof und in die verschiedenen anderen Bahnhöfe Leipzigs eingefahren. Am Donnerstag vormittag wird auf dem Augustusplatz eine Truppenschau stattfinden. Die Streiklage ist im allgemeinen günstig. In den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sind die Arbeiter zur Nachmittagsschicht fast vollständig zur Arbeit erschienen. Dagegen wird in einzelnen Werken der Metallindustrie und verschiedenen anderen privaten Fabrikbetrieben noch gestreikt. Im großen und ganzen ist der Streik im Abflauen begriffen.

Die Zurücknahme der deutschen Truppen im Osten.

Reichswehrminister Noske äußerte sich heute zu einem Vertreter der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" über die militärische Lage im Osten u. a. folgendermaßen:

Durch die Einmischung der Entente in die Angelegenheiten des deutschen Grenzschutzes gegen Rußland in Kurland und Litauen ist Ostpreußen außer der Polengefahr auch wieder in Sorge wegen eines bolschewistischen Einmarschs geraten. Ich kann versichern, daß die Sorge durch die Maßnahmen der militärischen Leitung gegenstandslos geworden ist. Wir haben bekanntlich die Ententevorschriften über unsere Abwehr im besetzten Gebiet damit beantwortet, daß die

gesamten deutschen Streitkräfte in kürzester Frist aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen

werden. Diese Zurückziehung wird nicht erfolgen, ohne daß wir wirkliche Garantien dafür haben, daß ein russischer Vormarsch gegen Ostpreußen unbedingt unterbleibt. Nicht diplomatische, sondern militärische Besprechungen mit den Führern der bolschewistischen Streitkräfte werden die Lage klären und zu festen Vereinbarungen führen. Diese militärischen Abmachungen dürften sehr bald das Ergebnis haben, daß zwischen dem bolschewistischen Hoheitsgebiet und der ostpreußischen Grenze

eine neutrale Zone geschaffen

wird, und daß alle Kriegshandlungen zwischen deutschem Grenzschutz und russischen Truppen unterbleiben werden. Der Wunsch Tschitscherins nach korrekten nachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist auch der unserige und dürfte bei gutem Zusammenwirken militärischer und diplomatischer Stellen nunmehr bald zur Wirklichkeit werden.

Durch die Zurücknahme der deutschen Streitkräfte werden

ganz erhebliche deutsche Truppen frei,

die im Osten auf deutschem Gebiet verbleiben werden. Sie sollen dazu dienen, die deutschen Ostprovinzen militärisch gegen alle Angriffe zu sichern. Wenn die Polen den Versuch machen sollten, in direkten militärischen Angriffen Stücke des deutschen Ostens zu annektieren, so würden sie uns wohl gerüstet finden und sich blutige Köpfe holen. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die deutsche Bevölkerung klaren Kopf und ruhigen Sinn behält. Unter keinen Umständen dürfen einzelne Bevölkerungsteile

auf eigene Faust zu den Waffen greifen.

Jede Ueberstürzung und jede Aufgabe des seelischen Gleichgewichts würde nur das Chaos fördern und die Schritte der Regierung empfindlich stören. Nicht die Leidenschaft, sondern die Vernunft muß unsere Schritte leiten. Es handelt sich darum, abzuwarten, was die nächsten Tage und Wochen bringen werden, aber man muß zugleich gerüstet sein auf alle Möglichkeiten notwendigen Handelns.

Nur Regie?

WTB. **Berlin**, 13. Mai. (Drahtnachricht.) **Die „Freiheit" spricht in ihrer Betrachtung über die Sitzung der Nationalversammlung von der „Regie-Protestkundgebung" und versucht damit die eindrucksvolle Sitzung zu einer bestellten Arbeit der Reichsregierung zu stempeln. Dieses Bestreben ist bedeutungslos gegenüber dem ungeheuren Widerhall, den die Nationalversammlung im ganzen Volke gefunden hat. Die Reichsregierung hatte lediglich den Gedankengang der Rede des Ministerpräsidenten erörtert und gut geheißen. Die Reden der Parteien und des Präsidenten der Nationalversammlung waren ihr nicht bekannt.**

Die Mißstimmung in Belgien.

WTB. **Berlin**, 13. Mai. (Drahtnachricht.) **Die belgische Presse vom 11. und 12. Mai steht weiter unter dem Eindruck der Mißstimmung, die das Bekanntwerden der Versailler Friedensakte im Lande hervorgerufen hat. Statt 2½ hätte Belgien 30 Milliarden erhalten müssen. Die Zuteilung Ostafrikas an England bedrohe die Zukunft des Kongostaates aufs schwerste. Das Referendum in Malmedy sei unerhört, weil Frankreich Elsaß-Lothringen ungesehen einstecken dürfe. Der Völkerbund enttäuscht. Aus dieser allgemeinen Verstimmung entwickelt sich nach und nach eine deutliche Proteströmung gegen Amerika und England, die halb höhnisch, halb bitter für alles verantwortlich gemacht werden. Die nationalen Demonstrationen gehen weiter. Daneben wird die Deutschenhetze fortgesetzt. Die Krone des Ganzen bildet eine Straßenkundgebung der belgischen Vaterlandspartei in Brüssel, die aber durch Gegendemonstrationen gestört wurde und in Tätlichkeiten ausgeartet zu sein scheint.**

Das Bündnis der Westmächte.

WTB. **Versailles**, 13. Mai. Ueber die Entstehungsgeschichte des Abkommens, durch das England und Amerika sich verpflichten, Frankreich im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffes durch Deutschland unverzüglich beizustehen, macht „Liberté" folgende Angaben: Da England und Amerika gewisse Forderungen Clemenceaus bezüglich der militärischen Garantien nicht annehmen zu können glaubten, verlangte und erwirkte Clemenceau die solidarische Verpflichtung auf Intervention am Rheine, sobald Deutschland, ohne herausgefordert zu sein, Frankreich angreift. So erklärt sich, daß Italien in dem Abkommen nicht vorkommt. Uebrigens hat Orlando, der an allen vorbereitenden Verhandlungen teilnahm, infolge seiner Abreise jedoch den definitiven Abmachungen nicht beiwohnte, den Charakter und die Tragweite des Abkommens ganz richtig als

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Gantzer.

56. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Du freche Kröte, hüte dir!" erboste sich Ehrenfried und sah sich im Kreise um, als wollte er sagen: Na, so versuch's doch einer!

Natürlich konnte der herrschende Zustand, dem etwas von lächerlicher Komik anhaftete, nicht in Permanenz erklärt werden. Und Doktor Beerbach unternahm es, ihm ein Ende zu machen, damit er der Würde, die eigentlich das Eigentum aller erwachsenen Menschen sein sollte, nicht länger die Zunge herausstecke und eine lange Nase zeigte. Viel ruhiger, als er es unter Einwirkung der bestehenden Situation für möglich gehalten hatte, sagte er, sich dem gleich einem erbitterten Kampfhahn dastehenden Vetter nähernd:

„Ehrenfried, diese Art schafft weder Klarheit, noch bringt sie einem von uns Nutzen. Tue mir den Gefallen und beruhige dich. . . . Was hat denn deine neue Erregung verursacht?"

Ehrenfried verkannte die guten Absichten Beerbachs vollständig. Er mußte wohl schon von der in der Diplomatie häufig zur Anwendung kommenden Weisheit, daß die Sprache da sei, um die Gedanken zu verbergen, gehört haben. Auch war er gegen Beerbach wegen der hintertriebenen Kartoffelanbaugeschichte und seiner damit bewiesenen agrarfeindlichen Gesinnung viel zu feindselig gestimmt, als daß er auf den Einrenkungsversuch eingegangen wäre.

„Die Maske als Friedensengel steht dir nich, Beerbach," sagte er bissig. „Mach 'n andert Jesichte und sage mir, wer so frech jewesen is, mein von mir für mich ausgesuchtes Zimmer einfach zu annektieren, als lebten wir in eenen Raubstaat, wo jeder uff det Recht von 'n andern mit die Beene rumtrampeln darf."

„Ich verstehe dich nicht," erklärte Beerbach mit einem ironischen Mundzucken. „Du sprichst von einem Zimmer, das du dein Zimmer nennst?"

„Allerdings. Meine Stube, die ick mir ausjesucht und zujeschlossen hatte. Uffjebrochen hat eener von euch die Düre. Mit 'n Dietrich, wie rejelrechte Verbrecher. . . . Un nu raus mit die Sprache, wer war det?"

„Ja, aber wer kann denn wissen, daß du das Zimmer für dich haben wolltest. Da hättest du nur . . ."

„'n Kniefall jemacht und um die Jnade jebeten, det ick meinen staubjebornen Leib da rin wälzen durfte. Schließlich ooch noch 'n Immediatjesuch an den Kaiser verzappt. Nee, paßt mir nich. Jeder hat sich ausjesucht, wie et ihm jefiel. Un ick soll Nunne sin? 'n Affe? Gener, mit den man Schindluder spielt? . . . Donnerwetter! . . ."

Traute Wesselfink floh. „Meine Nerven!" jammerte sie im Abgehen.

Rosemarie verließ das Zimmer ebenfalls.

„Das übersteigt alle Grenzen des Erlaubten," rief sie zornbebend.

Auch Heinz Bredenkamp schüttelte den Kopf und trat an das Fenster. „Der Mann könnte ein passables Original sein," dachte er, „wenn er nicht so hahnebüchen grob wäre."

Mit hartgeschlossenem Munde stand Frau Rosalie gegen die Standuhr gelehnt, deren ebenmäßiger, geruhsamer Laut zu allem friedlosen Wirrwarr in der Welt wie ein ironisches Erzählen klang. O weh, wie anders waren die Zeiten geworden! Es war wie Krieg und Mord. . . . Hatte man den Frieden irgendwo im Lande meuchlings erschlagen? . . .

Frau Rosalie dachte an den verstorbenen Bruder. Und sie wünschte: Möchte er jetzt hier hineintreten können, um zu sehen, welche Wirkungen sein Testament erzeugt hat! Ganz sicher würde er es sofort für null und nichtig erklären.

Aber mit diesen trübseligen Gedanken wurde es nicht besser. So gering ihre Neigung war, sich nochmals mit dem Herrn Vetter zu unterhalten, es half nichts.

Entschlossen trat sie vor. „Ehrenfried," sagte sie, sich mühend, einen versöhnlichen Ton zu finden, „ich bitte dich, ruhig zu werden. Mit dem zu rechnen, was ist. Hätten wir gewußt, daß du das betreffende Zimmer für dich gewählt, so würden wir es Abel gesagt haben . . ."

„Also det war der freche Kerl!" . . .

„Wie!?" Ida, die ihrem Jüngsten beruhigend über das Blondhaar strich, fuhr jählings hoch. „Was sagst du von meinem Mann?"

„Det haste ja jehört," griente Ehrenfried.

„Nimm diese Beleidigung sofort zurück, sonst . . ." die Stimme verschlug ihr.

„Sonst verklagst du mir? Hm? Na, so verklage mir doch. Die Jerichte kennen mir, un ick kenne die Jerichte. Recht krieje ick. Davor sind wir Ehrenfried Bruckmüller."

„Mein Gott, Ehrenfried," sagte Frau Rosalie, einen letzten Versuch unternehmend, „wohin soll denn das führen?" Sie beobachtete, daß auch Heinz Bredenkamp still hinausging, und fühlte, wie es heiß in ihr aufstieg. Ja, man mußte sich schämen! . . .

Sie sprach das laut aus, und Ehrenfried nahm ihre Bemerkung auf. „Det war 'n wahres Wort. Ja, in Jrund und Boden müßt ihr euch allzusammen schämen, det ihr so hundsjemein an eenen von eure Verwandten handelt. Denke bloß an die Kartoffeln, Rosalie! Warm det Nytroslizerinbomben, det ihr euch die so kurzerhand abgewimmelt habt? . . . Un nu det mit die Stube! Ihr sitzt hier, wie wenn det Haus euch jehörte, un mir behandelt ihr wie 'n Handwerksburschen."

„Du übertreibst, Ehrenfried," sagte Doktor Beerbach. „Niemand tut das. Eher ist es umgekehrt."

„Aha, aus die Luke pfeiffste! J, seh mal! . . . Na, ick werde dir wat sagen, Beerbach. Is meine Stube nich in 'ne halbe Stunde von det Jerümbel frei, wat sich da oben rumtreibt, denn sollt ihr mir kennen lernen. Ick habe jesprochen. Und nu laßt euch eure Suppe nicht kalt werden. . . . Also, 'ne halbe Stunde werde ick warten." . . . Er machte noch eine linkische ironisierende Verbeugung und ging. . . .

Ida markierte einen Weinkrampf. „Geht hinaus, Kinder" sagte sie. . . . „Essen kann da heute kein Mensch. O, wäre ich in unserem guten Spandau geblieben. Das ist ja fürchterlich hier. . . . Dieser ungebildete Mensch! Dieser grobe Klotz! Wenn ich Ferdinand das schreibe, holt er uns sofort zurück. . . . Und ich weiß nicht, ob ich nicht überhaupt noch heute abreise!" Der letzte ihrer Söhne hatte sich soeben entfernt. Die knallend zugeschlagene Tür bewies es, daß man nur noch zu dreien war.

„Was ist da zu tun?" fragte Beerbach, wie mit sich selber zu Rate gehend.

Ida fuhr kampfbereit auf. „Nun, ich weiche keinesfalls aus dem Zimmer."

Frau Rosalie versuchte, um des Friedens mit dem Blankenfelder willen, sie in ihrem Entschluß umzustimmen. Aber da kam sie schön an. Nun wolle man wohl mit ihr einen Bruch herbeiführen? Und das Recht nicht als Recht gelten lassen? O, sie sei hilflos der Willkür aller ausgeliefert . . . aber, nie, nein, nie würde sie sich der versuchten Vergewaltigung unterwerfen. Bis zum äußersten wollte sie kämpfen. . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190514011/fragment/page=0002

Kompensation für verweigerte militärische Spezialgarantien für Frankreich aufgefaßt. Das Blatt läßt durchblicken, daß Frankreich und Italien sich anschickten, einen Bündnisvertrag auf Gegenseitigkeit abzuschließen. Ferner glaubt das Blatt, daß Belgien schließlich auch noch in das Abkommen zwischen England und Frankreich aufgenommen werde. „Temps“ meldet: Der Viererrat wird den Wortlaut der Antworten festlegen, die namens der Konferenz als Antwort auf die beiden letzten Noten der deutschen Delegation an Graf Brockdorff-Rantzau gerichtet werden sollen.

Der frühere Zehnerrat tritt wiederum zusammen, um die Grenzen Oesterreichs und Ungarns, über die die fünf Außenminister schon letzte Woche entschieden haben, endgültig festzulegen. Desgleichen sollen die in Vorbereitung befindlichen Verträge für Oesterreich und Ungarn in ihrer Gesamtheit besprochen werden.

Schwere Unruhen in Neapel.

Lugano, 13. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Neapel war am Freitag, wie erst der Zensur wegen nachträglich bekannt wird, der Schauplatz schwerer Unruhen. Im inneren Stadtteil entspannen sich Kämpfe zwischen bürgerlichen arbeitslosen Soldaten einerseits und Polizisten und Karabiniers und den italienischen Gendarmen andererseits, bei denen nach dem „Secolo“ die Dolche und Revolver der Sturmtruppen und von Seiten der Polizei Revolver und Karabiner in Anwendung gebracht wurden. Die Polizei wurde zum Rückzug in die Karabinerielkaserne gezwungen, die von den Volksmassen und den Sturmtruppen belagert wurde. Es wurden mehr als 2000 Schüsse abgegeben. „Secolo“ spricht seine Verwunderung aus, daß es nach den offiziellen Angaben auch nur etwa 15 Verwundete gegeben haben soll. Herbeigerufene Marine stellte die Ruhe wieder her. Viele bürgerliche und etwa 150 Soldaten der Sturmtruppen wurden verhaftet. Patrouillen durchziehen die Stadt und die in Neapel anwesenden Offiziere, darunter 4000 Studenten, wurden in Centurien geteilt und müssen sich bereit halten, um jeden Augenblick einschreiten zu können.

Die Lage in Ungarn.

Wien, 13. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Absichten der Entente erzählt eine gut unterrichtete Persönlichkeit folgendes: Die einzelnen Ententemächte werden konzentrisch in vielleicht 8 bis 14 Tagen gegen Budapest marschieren, und es werden jetzt große Vorbereitungen der Aufmarschaktion getroffen. Man schätzt die Dauer der Räteregierung noch auf zwei Wochen.

Deutsches Reich.

Arbeitsplan der preußischen Landesversammlung.

Berlin, 13. Mai. Die preußische Landesversammlung wird sich, falls die heutige Tagesordnung in einer Sitzung erledigt wird, laut Beschluß des Aeltestenrates angesichts der allgemeinen politischen Lage auf etwa 14 Tage vertagen. Auch Ausschußsitzungen finden so lange nicht statt.

Ausland.

Troelstra gegen den Gewaltfrieden.

WTB. **Amsterdam**, 12. Mai. Wie die „Telegraaf“ aus Nymwegen meldet, sagte Troelstra in einer Versammlung der dortigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit bezug auf die Friedensbedingungen, dieser Friede dürfe nicht zugelassen werden. Er bedeute eine Katastrophe nicht allein für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit und sei die Vernichtung jeder Hoffnung auf allgemeine Abrüstung und die Vorbereitung zu einer Zeit, in der alle Völker gezwungen werden, jedes Jahr die furchtbaren Lasten des Militarismus zu tragen. Der Völkerbund sei in der Form, in der er jetzt der Welt aufgezwungen werde, ein Hohn. Er sei ein Bund der siegreichen Nationen, um den besiegten Nationen das Blut unter dem Nagel abzuzapfen und sie zu allmählicher Unterjochung unter die Sieger zu zwingen.

Aus der demokratischen Bewegung.

Verschiebung des demokratischen Parteitags.

Der deutsch-demokratische Parteitag, der vom 28. bis 30. Mai in Kassel abgehalten werden sollte, wird angesichts der politischen und parlamentarischen Lage voraussichtlich auf unbestimmte Zeit verschoben werden, da man der Ansicht ist, daß der jetzige Augenblick für Verhandlungen über innerpolitische Angelegenheiten kaum geeignet ist. Der Hauptvorstand der Partei, der am Sonntag in Berlin zusammentritt, soll endgültig darüber beschließen, ob und wann die Tagung stattfindet.

*

Schmiedeberg, 13. Mai. In Meuro, Dahlenberg und Patzschwig fanden in den letzten Tagen von der Deutschen demokratischen Partei einberufene Protestversammlungen gegen den Gewaltfrieden statt, in denen Parteisekretär Dornblüth sprach. Die Ausführungen fanden überall lebhaften Beifall.

Halle und Umgebung.

Halle, den 14 Mai 1919.

Keine Freigabe des Fischhandels.

Nie ist das Lob des Herings in so hohen Tönen gesungen worden, als in der Zeit des Krieges und des Waffenstillstandes, da Heringe auf unseren Tisch nicht mehr kamen, und nie war die Sehnsucht nach einem marinierten Fisch größer, als wir ihn nur noch vom Hörensagen kannten. Der Hering wurde früher sozusagen verächtlich über die Schulter angesehen — der gesalzene Meerbewohner verzehe uns das kühne Bild —, nur gewisse Feinschmecker wußten seine schmackhaften Vorzüge ganz zu würdigen. Den Uebrigen galt er als der niederste unter den Fischen, weil er am häufigsten vorkam. Erst als er ausblieb, als wir unsere Pellkartoffeln in Salz getippt genießen mußten, da dachten wir mit Wehmut des Salzherings, bei dem durch irgend ein der Chemie verwandtes Verfahren der Hering sich verflüchtigt hatte und uns nur noch das Salz übrig geblieben war. Wie wir denn überhaupt im Kriege erst gelernt haben, mit Bewußtsein zu erkennen, wie gut wir es — vor dem Kriege hatten.

Unsere Hausfrauen mußten aus der Reihe der ihnen noch möglichen Gerichte den Fisch vollständig streichen. Nun ist ja in der allerjüngsten Zeit hierin zweifellos eine erfreuliche Umbildung eingetreten und unser Stadternährungsamt ist bereits einige Male in der Lage gewesen, uns mit Heringen, Bücklingen und anderen Seefischen beliefern zu können. Allein das sind doch immerhin nur Tropfen auf einen heißen Stein und wer weiß, ob wir in der Folge auch dieses Wenige werden weiter beziehen können, wenn es unseren grausamen Gegnern gefällt, erneut alle Zufuhren aus den Meeren uns zu sperren, weil wir uns gegen die Annahme der uns in die Knechtschaft führenden Friedensbedingungen wehren. Um so rascher sollten wir zugreifen, wenn es dem freien Handel gelingt, aus den neutralen Seeländern Fische in größeren Mengen bei uns einzuführen. Derartige Möglichkeiten sind geboten, allein der Reichskommissar für Fischerversorgung sträubt sich noch gegen die Freigabe des Fischhandels, weil angeblich die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage augenblicklich noch zu groß sei.

Wir meinen, das ist ein sehr merkwürdiger Standpunkt. Weil vielleicht das ganze Reich noch nicht ausnahmslos gleichmäßig stark mit Fischen beliefert werden kann, so dürfen die Gegenden, die etwa mit Fischen durch den freien Handel versorgt werden könnten, auch nichts haben. Lieber läßt man die Fische nach außerdeutschen Ländern fortwandern. Es geht nichts über den heiligen Amtsschimmel auch in den Schreibstuben des Reichskommissars — gegen Fischerversorgung.

Werden wir auf Obst rechnen können.

Eine Baumblüte, so herrlich, wie selten zuvor. Kein Wunder, daß man am Montag während des Gewitters und nachher ängstlich darum besorgt war ob die Schlossen wohl Schaden an der Blüte angerichtet und damit die Ernteaussichten bei uns verschlechtert haben könnten. Das ist aber, wie wir beruhigend versichern dürfen, nicht der Fall. Und auch im Allgemeinen sind die Obstaussichten nicht ungünstig: nach den bisherigen vorläufigen Feststellungen, die dem führenden deutschen Obstbauverband, dem Deutschen Pomologenverein (Eisenach) aus allen Teilen Deutschlands zugegangen sind, mittel bis gut. Die einzelnen Berichte lauten: Apfel in Nord- und Mitteldeutschland im allgemeinen mittel und darunter, in Süd- und Westdeutschland gut. Birnen überall durchweg gut bis sehr gut. Zwetschen in Mitteldeutschland schlecht, weil im Jahre 1917 viele Bäume erfroren sind, andere durch große Dürre gelitten haben, dazu die Raupenplage, in Baden und in anderen Bezirken Süddeutschlands Vollernte. Beerenobst aller Arten gut bis sehr gut. Ueber Kirschen und anderes Steinobst ist bis jetzt ein Urteil noch nicht möglich.

Weitere Plünderprozesse.

In der Schwurgerichtssitzung vom 12. Mai unter dem Vorsitze des Herrn Oberlandesgerichtsrats Schimmelpfennig wurden als Geschworene ausgelost die Herren Prof. Dr. Ernst Wahlen (Halle, Obmann), Telegraphensekretär Otto Winkler (Halle), Kaufmann Kurt Gebhauer (Halle), Privatmann Andreas Bauer (Delitzsch), Steuerinspektor Georg Schwanitz (Halle), Dekorationsmaler Emil Wanke (Halle), Fahrsteiger Reinhold Richter (Wansleben), Eisenbahnbetriebssekretär Robert Steinbeiß (Dölau), Zimmermeister Karl Zabel (Halle), Bergolder Rich Peißker (Dölau), Kaufmann Karl Wagner (Klostermansfeld), Kaufmann Otto Walther (Lauchstedt). Die Anklagebehörde vertrat Herr Staatsanwaltschaftsrat Satz, die Verteidigung führten die Herren Rechtsanwälte Schreiber (für Rosch) und Dr. Katzler (für Wiegandt).

Angeklagt waren der Arbeiter Paul Rosch wegen Aufruhrs und schweren Landfriedensbruches und die Stanzersehefrau Auguste Wiegandt wegen schweren Landfriedensbruches.

Rosch ist nach seiner Angabe am 1. März nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, als eben eine Abteilung der angekommenen Landesjäger vor dem Rathause eingetroffen waren, „aus Neugierde“ nach dem Markte gegangen und hat sich gleich so vorgedrängt, daß er bald am Fuße der Rathaustreppe zu stehen kam. Die Truppen wurden in der bekannten Weise angegriffen und da will der Angeklagte fortgegangen sein, als er sah, daß die Landesjäger geschlagen wurden. Einen Stahlhelm, der bei ihm vorgefunden wurde, will er aus dem Rinnstein aufgenommen und mit nach Hause genommen haben. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach einfachem Aufruhr, bejahten aber den schweren Landfriedensbruch unter Zubilligung mildernder Umstände, worauf das Gericht den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahre 6 Monaten und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilte, ein Monat der Untersuchungshaft wurde als verbüßt angerechnet.

Die 42 Jahre alte Ehefrau Wiegandt stühle ihrem Manne, der am 5. April wegen schweren Landfriedensbruches zu Zuchthaus verurteilt worden war, Hilfe geleistet haben und war deshalb der Mittäterschaft angeklagt. Das Ehepaar hatte am 2. März, abends 9 Uhr in der Gr. Ulrichstr. eine große Menge Sachen (Garderobe, Pelze, Seidenwaren und Goldwaren) im Gesamtwerte von mindestens 20 000 Mark ergattert und zum Fortschaffen nach ihrer Wohnung den Weg zweimal machen müssen, in der Wohnung waren die Sachen so verborgen, daß sie erst nach wiederholtem Nachforschen gefunden werden konnten. Die Geschworenen sprachen die Angeklagte unter Versagung mildernder Umstände des schweren Landfriedensbruches schuldig, und das Gericht erkannte dem Antrage der Staatsanwaltschaft entsprechend auf eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren 8 Monaten und auf 10 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Ein Betgottesdienst mit Rücksicht auf die Friedensverhandlungen ist vom Oberkirchenrat für alle Kirchen am Sonntag, den 18. Mai angeordnet worden. Wo irgend möglich, ist schon eine Abendandacht in der Woche zu gleichem Zwecke zu veranstalten und dabei zu dem kommenden Betgottesdienst einzuladen, der mit einer Sammlung zum Besten der Kriegsgefangenen und Kriegsnotleidenden zu verbinden ist. In seiner entsprechenden Verfügung bemerkt das Konsistorium zu Magdeburg: „Es wird in dem Gottesdienst besonders dem Schmerz, der Trauer und der Entrüstung über die unwürdige und unerträgliche Härte der Friedensbedingungen Ausdruck zu geben und für die Delegation, die Reichsregierung und die Nationalversammlung, Kraft, Mut und Weisheit von oben für ihre Entschließungen zu erbitten sein. Der Herr aber wolle seinen Dienern die rechten Worte auf die Lippen legen, damit es ihnen gegeben werde, die Gemeinden in der großen vaterländischen Not zu demütigerer Beugung unter Gottes gewaltiger Hand, wie zum gläubigen Vertrauen auf seine Gnade, zum geduldigen Ausharren in der Trübsal und zu einmütigem Zusammenstehen anzureegen und darin zu stärken.“

Die pädagogischen Vorträge in der Frauenschule Freitag abends 8 Uhr nehmen ihren regelmäßigen Fortgang. Freitag, den 16. Mai wird Herr Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Ziehen sprechen über die häusliche Fürsorge für die normale geistige Entwicklung des Kindes, am 23. Mai Herr Domprediger Lic. theol. Baumann über Gewissensbildung, am 30. Mai Herr Geheimer Regierungsrat Professor D. Lütgert über das Zusammenwirken von Schule und Haus. Der letzte Vortrag wird Mittwoch, den 4. Juni stattfinden. Frl. Käthe Pabst wird über: Frohe Tage in der Familie und die Gestaltung häuslicher Feste (mit Vorführungen) sprechen. Karten sind beim Hausmeister der Frauenschule in den Vormittagsstunden zu entnehmen.

Für den Ortsausschuß der neudeutschen Jugend veranstaltete Herr Architekt Kurt Rauchbach am vergangenen Sonnabend die dritte Wanderung zur Betrachtung und Wertschätzung unserer Baudenkmäler. Der Stadtgottesacker war diesmal das Ziel. Auf Anregung des Erzbischofs Albrecht vom Rate der Stadt im Jahre 1529 beschlossen, wurde dieser in seiner Anlage in Deutschland einzigartige Bau im Jahre 1558 unter der Leitung des Baumeisters Nickel hofman begonnen. 1594 war das Gewölbe geschlossen und zeigt sowohl, vor allem in der Ornamentierung der Bogenzwickel, im Rahmen eines Baumerkes die Entwicklung des Baustiles von der noch zaghaften Renaissance bis zum freien, reichen Barock. Erst durch die sachliche Führung wurde den Hörern die Schönheit des Geschauten klar und sie dankte dem Führer für sein Mühen. K. R.

Provinzial-Nachrichten.

e. **Weißenfels**, 13. Mai. (Ein freches Räuberstück.) Nachts erschienen in Werben zwei bewaffnete Kerle in der Behausung des Kleinbauern B. der und raubten unter Vorhalten eines Revolvers 1300 Mk. Geld und für 600 Mk. Kriegsanleihe Mittlerweile schlachteten andere im Stalle drei Schweine ab. Die Räuber luden die Beute auf ein Lastauto und fuhren davon. Die Verfolgung blieb bisher ohne Ergebnis.

— **Zeitz**, 13. Mai. (Zum Streik im Baugewerbe.) Vorgestern fanden zwischen Arbeitgebern und Vertretern der Arbeitnehmer (Maurer-, Zimmerer- und Bauhilfsarbeiter) erneut Verhandlungen zur Beilegung der Lohndifferenzen statt. Der von den Arbeitervertretern geforderte Lohnsatz von 2,60 Mk. wurde auf 2 Mk. erniedrigt, die Arbeitgeber machten Zugeständnisse von 1,42½ Mk. auf 1,85 Mk. sofort, 1,90 Mk. vom 1. Oktober und 2,00 Mk. vom 1. Januar 1920 an. Dieses Angebot wurde von den Vertretern der Arbeitnehmer als vollständig ungenügend abgelehnt; die Arbeit soll nur gegen sofortige Zahlung eines Stundenlohnes von 2,00 Mk. wieder aufgenommen werden.

Frankleben, 13. Mai. (Ein ungleiches Liebespaar.) Ein bei der Mücheln'schen Zernbahn beschäftigter Schaffner hatte mit einer 13jährigen Schülerin von hier, die täglich das Lyzeum in Merseburg besucht, ein Liebesverhältnis angeknüpft. Die Eltern des Mädchens wurden auf dieses sonderbare Verhältnis aufmerksam gemacht und griffen scharf zu. Die Folge war, daß das Pärchen plötzlich verschwand, und zwar wollte der Liebhaber seine Geliebte in seiner süddeutschen Heimat unterbringen und später wohl auch heiraten. In Meiningen war aber bereits die Reise zu Ende, da der dortigen Polizei von der Entführung eines minderjährigen Mädchens Mitteilung gemacht worden war. Die Schülerin wurde den Eltern zugeführt, der Entführer wanderte ins Amtsgerichtsgefängnis nach Merseburg.

Freyburg a. U., 10. Mai. (Der als gewalttätig bekannte Soldat) Paul Noack geriet mit dem Seminaristen Emil Knauf in einen Streit, in dessen Verlauf er sich zur Unschädlichmachung seines Gegners einer Eierhandgranate bediente. Diese wurde aber dem rasenden Knauf selbst zum Unheil, indem sie ihm den rechten Fuß zerspliitterte. Der Schwerverletzte wurde ins Naumburger Lazarett geschafft.

Mühlhausen, 12. Mai. (Einen gefährlichen Heiratsschwindler) machte die hiesige Strafkammer für längere Zeit unschädlich. Angeklagt war der 18 mal mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestrafte Arbeiter und Gärtner Oskar Kaiser aus Alsleben. Er hatte in Spandau die 24jährige Anna H. aus Kammerforst kennen gelernt und schwindelte ihr vor, er sei ein reicher Mann und wolle sie heiraten. Er schwindelte der H. das ersparte Geld ab und betrog auch eine Tante des Mädchens um 4000 M. Als er das arme Mädchen und ihre Verwandten gänzlich ausgebeutet hatte, ließ er es im Stich und ging unter der Vorgabe geisteskrank zu sein in eine Heilanstalt bei Potsdam. Der Gerichtshof erkannte auf 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Magdeburg, 12. Mai. (In sämtlichen Kalibergwerken) von Staßfurt und Leopoldshall ist ein allgemeiner Streik wegen Lohnstreitigkeiten ausgebrochen.

Vermischtes.

Das Einkommen eines Tanzlehrers. Bei einer Gerichtsverhandlung wegen Billettsteuerhinterziehung gegen einen Tanzlehrer in Frankfurt a. M. wurde festgestellt, daß der Tanzlehrer ein Jahreseinkommen von über 200 000 Mk. zu versteuchen hat. Die Zahl seiner Schüler beträgt im Jahre etwa 1200, das Schulgeld 150 Mk. Daneben hat er noch Einkünfte aus Sonderveranstaltungen, für die er je 1500—2000 Mk. erhält.

Die Abdankung Wilhelm II. — dramatisiert. Im Kurhaus von Bad Homburg gelangte ein Kaiserdrama von Fritz Martin Rinkelen „Der Kaiser“ zur Vorlesung, das nach einer Mitteilung des Verfassers vom Dresdner Landestheater zur Uraufführung angenommen ist. Das Werk versetzt die Ereignisse der deutschen Novemberrevolution in die Eddazeit.

Die deutschen Kinder in Schweden. Laut „Svenska Dagbladet“ kamen die ersten deutschen Kinder zum Teil aus Wien, zum Teil aus Berlin, im ganzen 494, in Schweden an. Sie wurden in Malmö von einer tausendköpfigen Menschenmenge empfangen und von dort aus auf verschiedene Landgüter verteilt.

Das Große Los. In der letzten Vormittagsziehung der Preuß.-Südd. Lotterie fielen die beiden Hauptgewinne zu 500 000 Mark auf die Nr. 156 270.

Gewaltsame Trennung deutscher Ehen durch die Franzosen. Die deutsche Kommission in Spaa legte Verwahrung dagegen ein, daß die französischen Behörden in Mühlhausen und Straßburg den im Elsaß geborenen Frauen verwehren, zu ihren nach dem rechtsrheinischen Deutschland ausgewiesenen Männern zu reisen, und auf diese Weise versuchen, die Ehen zu trennen.

Dankbar. „Warum grüßt du denn die junge Telephonistin vom Amt so freundlich?“ „Ach, die ist so ein liebes Ding — die unterbricht uns immer, wenn meine Frau mit mir spricht.“ (Fliegende Blätter.)

Literarisches.

Liebe glaubt alles. Roman aus einer kleinen Residenz, von Kurt Delbrück. Richard Mühlmann Verlagsbuchhandlung (Max Grosse), Halle a. S. Der Roman läßt uns tiefe Blicke tun in das Seelenleben der Menschen, deren gemeinsame Schicksale in spannender Erzählung an uns vorüberziehen. Die Größe des an den Gatten, die Gemahlin, die Freundin glaubende Liebe, auch wenn der Schein gegen sie zu sprechen scheint, leuchtet aus der Gesinnung und den Handlungen der Hauptpersonen in herrlicher Weise hervor.

Die Kochkiste, Selbstanfertigung, Behandlung, Rezepte. Von Ida Boß. Taschenformat. IV und 64 Seiten. Verlag von Karl Gerolds Sohn in Wien VIII, Hamerlingplatz 8/10.

Luise Eberhardt. Roman von Hedor Sommer. Richard Mühlmanns Verlagsbuchhandlung (Max Grosse), Halle a. S. Ein höchst zeitgemäßer Roman!

Kleinwohnungsbau — Sächsische Normenhefte. Herausgegeben vom Landesverein Sächsischer Heimatschutz mit Unterstützung des Sächsischen Ministeriums des Innern. Heft 1/2. Verlag von Oscar Laube in Dresden. Die Anschaffung der „Sächsischen Normenhefte“ ist dringend notwendig für alle, die Anteil an dem Bauwesen nach dem Kriege nehmen wollen, zumal der Kleinwohnungsbau wohl für längere Zeit die vorwiegend herrschende Bauart bleiben dürfte.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 53 Fernruf 4620.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190514011/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Wie bekannt wird, haben einige Depositenkassen nach Ablauf der für die Einreichung und Anmeldung ausländischer Wertpapiere festgesetzten Frist die Entgegennahme weiterer Wertpapiere und weiterer Anmeldungen mit dem Hinweis auf den Ablauf der Frist verweigert. Dieses Verfahren kann nicht gebilligt werden. Der Wortlaut und der Sinn der Bekanntmachung betr. die Ueberlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich lassen klar erkennen, daß, wenn auch eine Verspätung der Einreichung und Anmeldung Rechtsnachteile zur Folge haben kann, die Banken weiterhin zur Entgegennahme von Wertpapieren und Anmeldungen bereit sein sollen und zu deren Weitergabe verpflichtet bleiben. Dem Zweck der Aktion würde es widersprechen, wenn einzelne Banken und Bankiers sich zu einer andern Auffassung und Praxis bekennen wollten.

*

Der Uebernahmepreis für die ausländischen Wertpapiere. Die Anfragen des Abgeordneten Davidsohn haben die Handelskammer zu Frankfurt a. M. veranlaßt, ihren Standpunkt in der Frage der Vergütung für die schon beschlagnahmten und noch zu beschlagnahmenden Wertpapiere der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen. Die Kammer billigt den von der Regierung bisher eingenommenen Standpunkt, daß der Erlös der Wertpapiere unter Abzug der Unkosten den Besitzern zugute kommen muß, und ersucht sie trotz der Angriffe, diesen Standpunkt weiter zu vertreten, da sonst das überaus wichtige Erfassen von Auslandswerten für die Versorgung mit Nahrungsmitteln gefährdet erscheint.

Dazu bemerkt die „Deutsche Allg. Ztg.": „Wir halten ebenfalls die bisherige Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums und den Grundsatz, daß das Reich mit der Beschlagnahme der fremden Effekten kein Spekulationsgeschäft einleiten, sondern die erzielten Preise nach Abzug der entstandenen Kosten an die bisherigen Eigentümer der Papiere abführen wolle, für durchaus gerechtfertigt. Der Handelskammer Frankfurt a. M. ist in ihrer Argumentation insbesondere dort zuzustimmen, wo sie darauf hinweist, daß ein erheblicher Teil der Besitzer fremder Effekten diese Papiere deshalb erworben hat, weil er sie an Stelle fremder Valuten zur Tilgung von Debetsalden in ausländischer Währung benutzen wollte, die im Kriege wegen der Zahlungsverbote nicht abgetragen werden konnten, oder um nach Friedensschluß Unterlagen für die Inanspruchnahme ausländischer Kredite bei der Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen zur Hand zu haben."

Vom Drahtmarkte

wird berichtet: Die Beschäftigung der Drahtwerke ist, soweit die Produktionsmöglichkeit in Betracht kommt, eine sehr schlechte. Der Kohlenmangel und die dadurch hervorgerufenen Betriebskalamitäten hatten für eine ganze Anzahl von Betrieben, namentlich reine Stiftefabriken, eine völlige Einstellung der Produktion zur Folge, die bei einer ganzen Anzahl von Unternehmungen auch jetzt noch andauert. Hinzu kommt, daß die hohen Löhne und die durch andere Momente hervorgerufene enorme Steigerung der Unkosten auch nach den wiederholten erheblichen Erhöhungen der Drahtpreise es vielen Werken nicht gestattet, mit dem bescheidensten Nutzen zu arbeiten. Man zieht die weitere Betriebseinstellung einer Verlust bringenden Fabrikation vor, zumal die Aussichten für einige einigermaßen befriedigende Rohstoffversorgung wenige gute sind. Die Aufträge liegen bei den Werken sehr reichlich vor, wie sie auch fortgesetzt in ansehnlichem Umfange weiter einlaufen. Die Beschäftigung an Hand der unausgeführten Bestellungen geht vielfach bis in den Herbst hinein. Die Lieferfristen erweitern sich fortgesetzt, da die Werke nur in bescheidenem Maße produzieren können. Darunter leidet auch das Exportgeschäft, das sich sehr befriedigend anläßt. In der letzten Sitzung der Drahtkonvention wurden im Hinblick auf die Erhöhung der Rohstoffnotierungen die Drahtpreise wieder beträchtlich hinaufgesetzt, so daß jetzt Walzdraht 550 Mk., gezogener Draht 720 Mk., Drahtstifte 850 Mk., Schrauben- und Nietendraht 810 Mk., verzinkter Draht 900 Mk. kosten. Große Knappheit besteht in Walzdraht, da der Stahlwerksverband die Knüppel sehr unpünktlich und in beschränkten Mengen anliefert, die Rückwirkung auf die Drahtverfeinerung bleibt natürlich nie aus; für die dünneren Drähte werden oft Lieferfristen gefordert, die 6 bis 7 Monate umfassen.

An die Stelle des früher starken Heeresbedarfes ist jetzt reichliche Nachfrage für Friedensware getreten, die aber aus den vorhin erwähnten Gründen nur zu einem Teil befriedigt werden kann.

Kapitalerhöhung des Phönix.

Die Phönix Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb beabsichtigt eine Erweiterung ihrer Kohlenbasis durch Uebernahme der Gewerkschaften Trier I—III. Ueber die schwebenden Verhandlungen haben wir bereits berichtet. Nunmehr wird gemeldet, daß der Phönix zu diesem Zweck sein Aktienkapital um einen Betrag von 14 Millionen Mark auf 120 Mill. Mark erhöhen wird. Auf jeden Kux der in der Bergwerksgesellschaft Trier vereinigten Gewerkschaften Trier I—III sollen je 4000 Mk. neue, vom 1. Juli 1918 ab dividendenberechtigte Aktien des Phönix und 500 Mk. in Kriegsanleihe gewährt werden.

Für den Phönix bedeutet diese Transaktion, wenn sie zustande kommt, eine bedeutende Machtsteigerung. Sein Aktienkapital würde sich, wie schon erwähnt, auf 120 Millionen Mark erhöhen. Ursprünglich (1852) betrug das Aktienkapital der Gesellschaft nur 1,5 Millionen Taler = 4,5 Millionen Mark. Mit der dann später erfolgten Ausdehnungspolitik stieg auch das Aktienkapital anhaltend. So wurde gelegentlich der Uebernahme der Westfälischen Union zu Hamm das Kapital um 9 750 000 Mk. erhöht. Bei der Fusion mit dem Hörder Bergwerksverein stieg das Aktienkapital weiter um 37 Millionen Mark. Im Jahre 1907 erfolgte anläßlich der Uebernahme des Steinkohlenbergwerks Nordstern eine weitere Erhöhung um 28 Millionen Mark. Die letzte Kapitalserhöhung des Phönix um 6 Millionen Mark fand im Jahre 1910 bei der Angliederung der Düsseldorfer Röhren- und Eisenwerke statt. Die Anzahl der zu erwerbenden Gewerkschaften, die in der Bergwerksgesellschaft Trier m. b. H. vereinigt sind, beträgt 3000. Die Grubenfelder bestehen aus 16 Maximalfeldern. In Betrieb genommen sind bisher die bekannten Zechen Radbod und Baldur, deren Tagesleistung in normalen Zeiten ungefähr 3000 To. betrug. Die Beteiligung der Zechen beim Kohlensyndikat stellt sich für 1919/20 auf 2 225 000 To. und für 1920/23 auf 2 [illegible] To. Kohlen und 410 000 To. Koks.

Für den schleunigen Abbau der Zwangswirtschaft in der Lederindustrie

tritt jetzt auch der Vorsitzende des Zentralausschusses der Lederwirtschaft, Wallerstein in Offenbach a. M., ein. Nach dem „Schuhmarkt" erklärte dieser Industrielle, daß die Kriegsorganisationen unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen könnten. Der Schleichhandel nehme überhand, rund 40 Prozent der Häute, des Leders und der Schuhwaren entzögen sich der Zwangswirtschaft und gelangten in den Schleichhandel, während die, welche die Vorschriften gewissenhaft erfüllten, benachteiligt würden. Große Mengen Waren würden vom Schleichhandel ins besetzte Gebiet und sogar darüberhinaus nach dem Ausland geschafft, während bei uns infolge des Mangels an Rohware, Arbeitslosigkeit herrsche und wir deshalb im Gegenteil trachten müßten, nicht nur die im Land selbst erzeugte Rohware restlos der eigenen Industrie zuzuführen, sondern auch Rohware vom Ausland hereinzuholen. Wallerstein teilte weiter mit, daß infolge der neuen erhöhten Lederpreise die Preise für Männer- und Frauenstiefel aus Leder um [illegible] zuschläge für die Schuhfabrikanten um etwa 8 Prozent. Amerikanische Schuhe, die angeblich bereits zur Lieferung nach Deutschland bereitgestellt sind und im Ausland lagern, stellen sich dort auf 5 bis 6 Dollar pro Paar ohne Berücksichtigung der für uns ungünstigen Valutaverhältnisse. Von einem Einfuhrsyndikat, dessen Gründung von interessierter Seite vorgeschlagen wird, sei abzuraten. Eine schlüsselmäßige Verteilung von eingeführten, ausländischen Schuhwaren an alle Schuhhändler stoße auf zu große Schwierigkeiten. Es sei richtiger, die Einfuhr ausländischer Schuhwaren dem erfahrenen, freien Handel zu überlassen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 13. Mai. Unter dem Eindruck der gestrigen Kundgebung der Nationalversammlung war die Börse anfangs beruhigter. Deckungs- und Meinungskäufe boten kein gutes Gegengewicht gegen das von außen kommende Angebot und führten nur mäßige Besserungen, namentlich in Schiffahrtsaktien, herbei. Bald jedoch gab das Nachgeben der deutschen Anleihen den Anstoß zu einer neuerlichen Abschwächung, von der insbesondere rheinisch-westfälische Hüttenwerte betroffen wurden. Oberschlesische blieben gut behauptet und gewannen zum Teil Kleinigkeiten. Bemerkenswert fest waren die von Wien abhängigen Werte, wie Lombarden, Orientbahn und Türkischer Tabak. Schiffahrtsaktien erholten sich im späteren Verlaufe etwas von der vorübergehenden Abschwächung. Im übrigen blieb die Börse bei unregelmäßigem Geschäft vorwiegend matt, auch für ausländische Aktien, von denen Kanada erheblich gedrückt waren. Deutsche Anleihen waren im Gegensatz zu den um 1 bis 1½ Proz. höheren österreichischen matt, ungarische Anleihen fest. An der Börse besserten sich gegen Schluß Anilinwerte und namentlich Deutsche Waffen wesentlich, während im übrigen die Stimmung matt blieb. Die zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte erfuhren zum Teil erhebliche Rückzüge.

Devisenkurse.

Berlin, 13. Mai.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	517,00	517,50	487,00	487,50
Dänemark	100 Kr.	312.00	312.50	297.00	297,50
Schweden	100 Kr	331.00	331,50	321 00	321,50
Norwegen	100 Kr.	324 00	324 50	309.00	309,50
Schweiz	100 Fr.	262.00	262.25	247.00	247 50
Oesterreich	100 K.	48.45	48 55	47,45	47.55
Ungarn		—,—	—,—	—,—	—,—
Bulgarien	100 Leva	[illegible]	[illegible]	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 248.00 Brief 249.00 für 100 Pesetas
Helsingfors 126,75 127,25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 13. Mai. Die warme Witterung der letzten Woche hat die Vegetation außerordentlich vorwärts gebracht. Die Obstblüte ist voll entfaltet, und auch die Winter- und Frühjahrssaaten sind kräftig in die Höhe geschossen. Allseits erwünscht wäre nunmehr etwas Regen. Im hiesigen Produktenverkehr selbst ist es ziemlich still. Die Nachfrage in Rauhfutter hält an. Doch sind Heu und Stroh nicht zu erlangen. Für Futterrüben besteht wenig Neigung, da man in kurzer Zeit auf frisches Grünfutter rechnet. Von Sämereien ist Luzerne gefragt. Lupinen sind von der Reichsgetreidestelle noch nicht freigegeben. In Kleesaaten ist kaum noch Geschäft. Serradella ruhig.

+ **Chemische Fabrik Buckau A.-G. in Magdeburg.** Die Gesellschaft wird für das abgelaufene Geschäftsjahr keine Dividende verteilen, während im vorigen Jahr noch 10 Proz. ausgeschüttet werden konnten. Der Grund dafür ist die kolossale Betriebsverteuerung, vor allem auch die Steigerung der Arbeitslöhne. Die Generalversammlung findet am 31. Mai statt.

Die ausgelieferte Flotte des Norddeutschen Lloyd. Aus Bremen meldet ein Drahtbericht: Von der Flotte des Norddeutschen Lloyd sind den Ententemächten auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen bis jetzt im ganzen 24 Dampfer mit 195 019 Brutto-Register-Tonnen zur Verfügung gestellt worden. In neutralen Ländern befinden sich im ganzen 15 transatlantische Dampfer mit 108 641 Br.-Reg.-To. in feindlichen Händen befinden sich im ganzen 52 transatlantische Dampfer des Norddeutschen Lloyd mit 424 542 Br.-Reg.-To.

Die landwirtschaftliche Bedeutung der Ostprovinzen. Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates schreibt: Die Gebiete, die uns durch den „Wilsonfrieden" im Osten entrissen werden sollen, sind für die Versorgung Deutschlands mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen von außerordentlicher Bedeutung. An der Produktion von Brotgetreide war Posen im Durchschnitt der Jahre 1910—14 mit 9,16 v. H., Westpreußen mit 5,5 v. H. und Ostpreußen mit 5,69 v. H. beteiligt. Bei Kartoffeln beträgt der Anteil Posens 9,9, Westpreußens 6,27 und der Ostpreußens 5,22 v. H. Nimmt man den Regierungsbezirk Oppeln hinzu, auf den Polen gleichfalls Anspruch erhebt, so ergibt sich, daß nicht viel weniger als ein Viertel der deutschen Gesamtproduktion von Brotgetreide und Kartoffeln auf die von der feindlichen Annexion bedrohten Gebiete entfällt. Ihr Verlust würde Deutschland hinsichtlich seiner Volksernährung sonach in erheblich stärkerem Maße als bisher vom Auslande abhängig machen.

Karl Krause A.-G. in Leipzig. Mit einem Kapital von zunächst 300 000 Mk. wurde gestern die Karl Krause A.-G. in Leipzig errichtet, auf welche der Betrieb der Maschinenfabrik Karl Krause übergeleitet werden soll. Es handelt sich um eine reine Familiengründung.

Gewerkschaft König Ludwig. Der Grubenvorstand teilt mit, daß das erste Vierteljahr 1919 einen sehr erheblichen Verlust ergab. Im letzten Vierteljahr 1918 betrug der Verlust bereits 500 000 Mk. Für das zweite Vierteljahr 1919 sind die Aussichten noch ungünstiger infolge der Einwirkungen des Aprilstreiks der Bergarbeiter. Eine Ausbeute könne für das erste Vierteljahr nicht zur Verteilung gelangen.

Braunkohlenabbau-Vereine „Zum Fortschritt" in Meuselwitz. Die in Altenburg abgehaltene Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluß und erklärte sich damit einverstanden, daß der Rohgewinn von 32 074 Mk. zu Abschreibungen verwendet wird. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß dieselben ungewiß und davon abhängig seien, ob die beantragte Kohlenpreiserhöhung Genehmigung finden werde oder nicht.

Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. Nach Angaben luxemburgischer Blätter sind an dem Ankauf des linksrheinischen Besitzes von Gelsenkirchen beteiligt: auf französischer Seite Schneider & Co. in Creusot Chatillon-Commentry und Neuves-Maisons zu Neuves-Maison und die Mines des Blanzy zu Blanzy. Dieses Konsortium soll mit 55 Proz. beteiligt werden. Auf belgischer Seite befinden sich die Société de la Providence zu Marchienne au Pont mit 20—25 Proz. und auf luxemburgischer Seite die A.-G. Burbach Eich-Düdelingen (25 Proz.) Die bis Mitte April laufende Optionsfrist wurde verlängert. Eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit liegt u. a. darin, daß in der luxemburgischen Kammer eine starke Strömung für eine Beteiligung des luxemburgischen Staates vorhanden ist, daß aber die Mitkontrahenten von einer solchen staatlichen Beteiligung nichts wissen [illegible]

Rheinisch-Westfälische Schachtbau-Akt.-Ges. in Essen. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß einstimmig genehmigt. Wie die Verwaltung auf Anfrage mitteilte, ist die Gesellschaft gegenwärtig lebhaft beschäftigt. Weitere umfangreiche Geschäfte seien in Behandlung. Die finanzielle Lage der Gesellschaft sei so gut, daß man im allgemeinen ohne Schulden dastehe. Der Prozeß gegen die Kaligewerkschaft Wendland, der ein Objekt von 400 000 Mk. umfasse, sei zugunsten der Rheinischen Schachtbaugesellschaft entschieden worden. Die Prozesse mit den Kaligesellschaften im Elsaß schwebten noch. Die juristischen Vertreter der Gesellschaften seien außer Landes verwiesen worden, infolgedessen liegen weitere Mitteilungen der Gesellschaften noch nicht vor. Was die Arbeitsstätten in England anbetreffe, so verlaute gerüchtweise, daß die Anlagen verkauft worden seien. Eine direkte Anfrage bei der englischen Regierung sei unbeantwortet geblieben. Das Objekt umfasse einen Wert von 350 000 bis 400 000 Mk.

Märkisch-Westfälischer Bergwerks-Verein, Letmathe. Im Geschäftsbericht wird die Besetzung des linken Rheinufers als ein schwerer Schlag für die Letmather Betriebe bezeichnet, indem die Zufuhr von Braunkohlenbriketts für die Generatoren der neuen Gaszinköfen plötzlich völlig aufhörte, so daß die Zinkproduktion, die im Oktober auf 231,8 Tonnen gestiegen war, im November auf 111,4 und im Dezember auf 50,9 Tonnen sank. Nach Vornahme der Abschreibungen von 347 018 (342 168) Mk. ergibt sich für 1918 ein Verlust von 308 368 Mk. (i. V. 556 486 Mk. Verlust, wovon 267 580 Mk. aus Reserven gedeckt wurden), um welchen Betrag sich der Verlustvortrag erhöht, der nunmehr 592 274 (288 905) Mk. beträgt.

Oberschlesische Eisen-Industrie-Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gleiwitz. Der Aufsichtsrat bringt für das Geschäftsjahr 1918 eine Dividende von 14 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag.

Vulkan-Werke in Hamburg und Stettin. Nach einer Mitteilung des Arbeiterrats von Groß-Hamburg sind die Beschäftigungsverhältnisse auf der Vulkan-Werft in Hamburg äußerst schlecht. Die Ausbesserungsarbeiten an Schiffen ruhen wegen der Ablieferung der Schiffe ganz. Alle sonstigen Arbeiten werden in drei Wochen zu Ende gehen. Schon jetzt ist für einen großen Teil der Arbeiterschaft keine Arbeit mehr vorhanden. Es werden nur noch Lokomotiven und Eisenbahnwagen ausgebessert. Der Arbeiterrat hat sich nunmehr an alle zuständigen Stellen, auch an das Reich gewandt, um Fischdampfer auf Staatskosten bauen und das Material hierfür heranschaffen zu lassen, soweit es nicht die Werft noch besitzt. Privataufträge werden bei den herrschenden unsicheren Verhältnissen nicht erteilt. Von früher her sind größere Dampfer durch die Deutsch-Australische Dampfschiff-Gesellschaft der Werft in Auftrag gegeben, doch kann mit dem Bau nicht begonnen werden, weil die auf den Walzwerken fertig liegenden Stahlerzeugnisse nicht nach Hamburg befördert werden.

Die Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria A.-G. in Stuttgart konnte nach ihrem Geschäftsbericht für 1918, dem ersten seit Bestehen als Aktiengesellschaft, trotz Beeinflussung in stärkstem Maße durch äußere Ereignisse, wie Einführung des Tabakkontingents, sowie dessen mehrmalige und scharfe Herabsetzung völliges Ausfuhrverbot, gänzliche Einstellung der Heereslieferungen, nach Abschreibungen von 111 976 Mk. einen Ueberschuß von 1 328 705 Mk. erzielen, aus dem 10 Proz. Dividende verteilt werden auf 10 Mill. Mark Aktien, von denen 3 Millionen Mark nur mit 25 Proz. eingezahlt sind. Die Gesamterzeugung blieb nur wenig hinter dem Vorjahre zurück. Die Verkaufsstatistik zeige eine erhebliche Verschiebung zugunsten der höheren Preisklasse. Die Fabrik bewertet ihre Vorräte Ende 1918 mit 7,9 Millionen Mark.

Berliner Börse

vom 13. Mai 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	86,50
Halle-Hettstedter	——
Schantungbahn	120,75
Allg. Lokal-Str.	131,50
Gr. Berl. Str.	117,00
Magdeburger Str.-B.	160,00
Prinz-Heinrich-B.	180,75
Orientbahn	229,50
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	87,25
Hambg. Südamerika	140,50
Hansa-Dampfschiff.	194,00
Nordd. Lloyd.	88,50
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	——
Berl. Handelsges.	147,75
Commerz-Diskontobank	123,50
Darmstädter Bank	116,00
Dessauische Landesbank	——
Deutsche Bank	208,50
Diskonto-Comm.	166,25
Dresdner Bank	142,25
Leipzig Credit-Anst.	146,25
Mitteld. Kreditbank	115,00
Mitteld. Privatbank	118,50
Nationalbank	——
Oesterr. Kredit	——
Reichsbank	142,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	235,00
Akt. f. Anilin	268,00
Allgem. Elektr. Ges.	164,00
Ammendorfer Papierfbk.	——
Anhalter Kohlenw.	154,00
Annaberger Steingut	154,00
Badische Anilin	275,00
Bergmann Elekt. Akt.	135,62
Berl. Masch.-Bau	195,00
Bismarckhütte	167,25
Bochumer Gußstahl	183,00
Chem.-Fabr. Buckau	110,00
Chem. Griesheim	189,00
Chem. Heyden	187,00
Consolidation Schalk	210,00
Gröllwitzer Papierfbk	——
Daimler Motoren	180,00
Deutsche Luxemburg	——
Deutsche Uebersee Elektr.	200,00
Deutsche Erdöl	289,00
Deutsche Gasglühl.	293,00
Deutsche Kali	160,00
Deutsche Waffen u. Mun.	226,00
Donnersmarkhütte	190,00

Döring & Lehrmann	94,00
Dürkoppwerke	286,00
Elberfelder Faber.	251,75
Felten & Guilleaume	160,00
Gasmotoren Deutz	110,50
Gebhard & Co	258,00
Gebhard & König	81,00
Gelsenkirchen Berg.	156,50
Glauziger-Zuckerfbk.	230,00
Hallesche Maschfbk.	318,00
Hann. Masch.	——
Harpener Berg	140,25
Hasper Eisen	128,00
Hirsch Kupfer	182,50
Höchster Farbw.	255,00
Hoesch Eisen u. Stahl	196,00
Hohenlohe-Werke	103,00
Humboldt Masch.	120,00
Ilse Bergbau	270,00
Kahla Porzellan	271,00
Kaliw. Aschersleben	——
Körbisd. Zucker-Akt.	235,00
Kyffhäuserhütte	——
Lahmeyer & Co.	112,00
Lauchhammer	140,00
Laurahütte	147,50
Linke & Hofmann	149,50
Ludwig Loewe & Co.	——
Lothringer Hütte	149,00
Mannesmannröhren	154,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	112,62
do. Caro Hag.	133,75
do. Kokswerke	190,00
Orenstein & Koppel	154,00
Phönix Berg	164,50
Rhein. Metall-Vorz.	157,00
Rhein. Stahlwaren	128,50
Riebeck. Montan	165,00
Rombacher Hütten	159,00
Rositzer Braunk.	101,00
Rositzer Zucker	134,25
Sangerhäuser Masch.	——
Hugo Schneider & Co.	160,50
Schuckert & Co.	119,12
Siemens & Halske	155,25
Stettiner Vulkan	140,00
Stollberger Zinkh.	112,00
Strals. Spielkarten	——
Thale-Eisenhütte	208,50
Triptis Porzellan	168,25
Türk. Tabakregie	412,00
Ver. Köln-Rottweiler	184,00
Ver. Glanzstoff	430,00
Wegelin & Hübner	——
Werschen-Weißenfelser Braunk.	——
Westeregeln Alkali	210,00
Wittener Gußstahl	——
Wrede Mälzerei	113,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	——
Zeitzer Masch.	244,00
Zellstoff Waldhof	187,50
Otavi-Minen	115,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg)
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Heims; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Beer; für den Anzeigenteil: Otto Wieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190514011/fragment/page=0004